

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionssitz: Riesaer Tageblatt Riesa,
Kreisamt Nr. 20

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kreishauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Landanwaltschaft beim Amtsgericht mit der
Rat der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen

Poststedtort: Dresden 159
Girofaz. Riesa Nr. 52.

Nr. 278.

Freitag, 30. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflagezahlung, für die Zeit vom 24. II. bis 30. II. 1920 währenden 20. einfach für die Nummer des Ausgabeklaus sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewalt das Geschehen an bestimmten Tagen und Wöchen wird nicht übernommen. Grundpreis für 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Messezeit 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabelarische Sog 50% Aufschlag. Rechte Tarife. Verkäufer ist erlaubt, wenn der Betrag verfüllt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtsgültige Unterhaltungsbeiträge keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Auch Stegerwalds Kabinettbildung gescheitert.

Neue Verhandlungen durch Dr. Marx.

Bei Berlin. Der Reichspräsident Stegerwald hat am Reichspräsidenten mitgeteilt, dass er den Auftrag zur Kabinettbildung nicht übernehmen kann, weil ein Kabinett nach seiner Meinung zur Zeit nicht möglich sei; es sei zweckmäßig, mit der Kabinettbildung einen Mann zu betrauen, der innerpolitisch weniger umstritten sei als er.

Der Reichspräsident hat also dem Reichstagsabgeordneten Senatspräsidenten Marx mit der Kabinettbildung beauftragt; Reichspräsident Marx hoffte, dem Reichspräsidenten noch im Laufe des nächsten Tages seinen Vorschlag zur Bildung einer Regierung, die sich auf die Mittelparteien des Reichstages stützt, unterbreiten zu können.

Mutmaßliche Befreiung des Kabinetts.

Der Reichstagsabgeordnete Marx bemühte sich gestern bis in die Nachstunden um die Bildung des Reichskabinetts. Er war dabei von dem Gedanken ausgegangen, eine Regierung zu bilden, die sich in der Hauptstadt aus den Parteien der Mitte stützt, ohne eine einzelne Koalitionsregierung zu sein, und die nicht ohne Verbindung nach rechts und links ist. Um eine Brücke zu den Deutschen Nationalen zu schlagen, bat sich Abg. Marx an den deutschnationalen Abgeordneten Schiele gewandt, um ihn zur Übernahme des Ernährungsministeriums zu bewegen. Schiele wird seine Antwort vor der Entscheidung des Reichstagsabgeordneten befragen. Neben der weitere Befreiung des Kabinetts bestehen nur Stunden im wesentlichen nur Befreiungen. Die Mehrzahl der Blätter führt folgende voraussichtliche Ministerliste an: Marx (Pr.) Reichskanzler, Dr. Jägers (D. P.) Staatskanzler, Rechtes (D. P.) Stresemann (D. P.), Innens (D. P.), Justiz (D. P.), Finanzen (D. P.), Post und telegraphische Dienste (D. P.), Arbeit (D. P.), Reichsarbeitsminister (D. P.), Reichswehr (D. P.), Reichswehr (D. P.), Ernährung (D. P.). Die Verhandlungen über die Belebung des Reichsministeriums und des Reichsverkehrsministeriums waren in später Abendstunde noch nicht abgeschlossen.

Geheimer Justizrat Wilhelm Marx.

Geheimer Justizrat Wilhelm Marx ist am 15. Januar 1868 in Köln als Sohn eines Volksschulprofessors geboren. Er besuchte bis 1872 die Volksschule, darauf das Gymnasium seiner Vaterstadt und legte 1881 das Abiturientenexamen ab. Danach studierte er bis 1884 die Rechte in Bonn, war dann in Köln als Notar und Notarwirt beschäftigt und bekam am 1. Dezember 1888 das Assessorenexamen. Von 1889 bis 1894 war er kommissarisch in Waldbroel und Simmern (Hunsrück) tätig. Im Jahre 1894 wurde Marx Landrichter in Elberfeld, erhielt 1894 seine Berufung nach Köln, wo er 1896 zum Oberlandesgerichtsrat aufstieg. Von dort wurde er in derselben Eigenschaft nach Düsseldorf versetzt. Später kam er als Landgerichtspräsident nach Aachen und wurde dann im Oktober 1921 zum Senatspräsidenten am Kammergericht ernannt. Neben seiner richterlichen Tätigkeit nimmt Marx seit Jahren lebhaften Anteil an politischen Leben.

Die Deutschen nationalen fordern Auflösung des Reichstags.

Die Deutschen nationalen Reichstagsfraktion hat an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

Schätzgehrter Herr Reichspräsident!

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann hätte es der parlamentarische Brauch erfordert, dass eine der Oppositionsparteien mit der Kabinettbildung beauftragt worden wäre. Dies ist nicht geschahen. Vielmehr haben Sie, Herr Reichspräsident, auf den verschiedensten Wegen Versuche zur Neubildung einer Reichsregierung unternommen, die gescheitert sind. Anzwischen haben sich sowohl die innerpolitische Lage des Reiches wie auch die sozialen und wirtschaftlichen Nöte des deutschen Volkes so verschärft, dass eine weitere Hinwendung an der Kabinettbildung nicht verantwortet werden kann. Das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit erwartet eine Abwendung von der bisherigen Regierungsmethode und eine Neuorientierung nach links. Wenn der Reichstag in seiner überarbeiteten Zusammensetzung nicht fähig ist, dieser Stimmung des Volkes Ausdruck zu geben, so müssen Sie, Herr Reichspräsident, die Entscheidung des Volkes annehmen und der neu entstandenen Regierung die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages übergeben. Unter solchen Voraussetzungen stellen wir uns zur Regierungsbildung zur Verfügung.

Der Reichspräsident erwiderte,

wenn er davon abgesehen habe, eine der beiden Oppositionsparteien mit der Neubildung der Regierung zu betrauen, so sei dies geschehen, weil er sich überzeugt habe, dass für keine der beiden Parteien die Möglichkeit zur Regierungsbildung auf verfassungsmäßiger Grundlage vorhanden war. Außerdem habe er den Eindruck gewonnen, dass die Deutschen Nationalen keinen entscheidenden Wert auf die Führung bei der Regierungsbildung legten. Mit dem Abgeordneten v. Kardorff sei er übereingekommen, den Deutschen Nationalen zwei wichtige Minister anzubieten. Nachdem sein Versuch, ein überparteiliches Kabinett aller bürgerlichen Parteien zu bilden, misslungen war, habe er alles getan, um die Verständigungsverhandlungen der bürgerlichen Parteien zu befrieden.

Das Schreiben schließt mit dem Hinweis, dass der Reichspräsident nach Scheitern dieser Verhandlungen den Abschiednehmen will.

Zusammentritt der Sozialdemokratischen Fraktion.

Vom "Vorwärts" für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für heute nachmittag 2 Uhr telegraphisch zusammenberufen worden.

Der Reichsfinanzminister bittet um Entbindung von der Weiterführung der Geschäfte.

Der Reichsfinanzminister Dr. Enthier hat an den Reichspräsidenten folgenden Brief gerichtet:

Hochgeehrter Herr Reichspräsident!

Nachdem der Reichstag am vorherigen Freitag, den 23. November, durch den Reichstag das Vertratene verlangt war und sie daraus die verfassungsmäßige Folgerung ihres Rücktritts gezogen hatte, sind die Mitglieder der zurücktretenen Reichsregierung von Ihnen erachtet worden, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Ich bitte Sie, mich von der Weiterführung der Geschäfte nunmehr zu entbinden. Der Grund für diese Bitte liegt darin, dass angesichts der tatsächlichen finanziellen Verhältnisse des Reiches jetzt Entscheidungen getroffen werden müssen, die von einer nur geschäftsführenden Reichsregierung und einem nur geschäftsführenden Reichsfinanzminister nicht getroffen werden können, weil es sich um Entscheidungen von höchster politischer Tragweite handelt. Besonders der Zeitpunkt, an dem die für das heutige Gebiet zur Fortführung der Erwerbsförderung und Weiterleitung einiger anderer Zahlungen ausgeworbenen 100 Millionen Rentenmark eröffnet sind, rückt so nahe heran, dass nur eine verantwortliche Reichsregierung die erforderliche Entscheidung treffen kann. Durch den Schied des Reichstages herbeizubringen Rücktritt der Reichsregierung sind alle vorbereitenden ansehnlichen und innenpolitischen Schritte zur Regelung dieser überwichtigen, ihrem Wesen nach nur politisch zu lösenden Krise ins Stocken gekommen. Auch die Zahlungen für die Besatzungsmächte, die überaus hoch sind, laufen während dieser ganzen Zeit ohne Deckung durch den Übergangshaushalt weiter, während die verhinderten festbaren Tage gerade dazu hätten dienen müssen, die nach den Richtlinien der Politik Verhandlungen oder andere Schritte auf diesem Gebiete einzuleiten. All diese Verhandlungen bedeuten ebenfalls für das heutige Gebiet eine Fortdauer des bisherigen Zustandes der Unzufriedenheit über das Ausmaß der Leistungen, die das Reich angesichts seines finanziellen Zusammenbruchs überhaupt noch bewirken kann. Das heutige Gebiet hat aber ganz gewiss ein Recht auf Klärheit. Für das finanzielle Weiterleben des Reiches, wenn auch auf schmalster Grundlage, ist es ferner von entscheidender Bedeutung, dass im Monat Dezember bereits nennenswerte neue Einnahmen eintreten. Die tatsächlichen Vorbereitungen für solche Einnahmen-Sicherungen sind, besonders auch durch Verhandlungen in den Reichstagsausschüssen, zum Abschluss gebracht. Der zunehmende dringende Notwendigkeit eine Entscheidung über die weitere politische Behandlung der Angelegenheit laus aber nicht gegeben werden, weil eine politisch verantwortliche Regierung nicht vorhanden ist. Auch die Rahmenbedingungen zur Ausgabe-Befreiungsklausur, die ebenso dringend sind, erlangen des erforderlichen Schwergewichts, seitdem sie nicht mehr von einer verantwortlichen Regierung getragen werden. Das Gesamtbild unserer Finanzen aber ist, wie ich am Donnerstag, den 22. D. M., im Reichstag ausführlich dargelegt habe, derart, dass ein Schwebezustand wie der jetzige die dringende Gefahr einer Verunsicherung der letzten Hoffnungen bedeutet. Da ich, der ich aus meiner amtlichen Arbeit heraus die angekündigte Gefahr täglich wachsen sehe, meine Wissenswert an dem durch das Fehlen einer verantwortlichen Regierung entstehenden Unheil, obwohl die Wirkung nur die mehr passive eines geschäftsführenden Ministers ist, vor dem deutschen Volk, das durch den regierunglosen Zustand schwerste finanzielle Opfer bringt, nicht mehr tragen kann, so wiederhole ich meine Bitte um Entbindung von der Weiterführung der Geschäfte.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich, hochgeehrter Herr Reichspräsident,
Ihr ergebener

Dr. Enthier

Das Abkommen mit der Riaum.

Das Abkommen, das vor acht Tagen der Generaldirektor Höglund im Namen des Bergbauverbands und der angeschlossenen Industrien mit der Riaum in Düsseldorf geschlossen hat, ist als ein Erfolg der Stresemannschen Politik zu betrachten, da mit ihm der Anbruch Frankreichs, die Kosten des Ruhrgrubenbaus Deutschlands aufzubürden und somit die Rohstoffversorgung als gefährdende Handlung von Deutschland trennen zu lassen, abgewichen worden ist. Stresemann hatte sowohl im Plenum des Reichstags als im Auswärtigen Ausschuss gegenüber dem Verlangen der Sozialdemokratie und eines Teils der Demokraten, den französischen Ansprüchen nachzugeben, mit aller Energie ein "Niemand" ausgedroht und der Schwerindustrie erklärt, dass er die Garantien für die Reparationslieferungen zurückziehe, wenn die deutschen Unternehmer auch nur in eine Diskussion über die französische Rohstoffförderung eintreten würden. Die Verhandlungen waren auf die Berliner Wollfestung hin abgebrochen worden, wurden aber nach der Erklärung Stresemanns im Reichstag auf belastende Vermittlung von Neuem aufgenommen.

nommen und nach übermaltem Abzug endlich in vorher Woche diesmal auf französisch. Die Dinge h. zum Abschluss gebracht, will Boineau, ohne dieses Dokument nicht vor seine Kammer treten wollte. Es war beweisend für das französische Interesse an dem Abkommen, das bis jetzt gerade von Frankreich aus immer so gefordert worden war, dass der Unterhändler zur französischen Zollunion von den Franzosen im Auto herbeigeschafft wurde und ihm die dringendste Bitte unterbreitet wurde, das Abkommen innerhalb einer Stunde zu unterschreiben, bis es sofort nach Paris telegraphiert werden müsste. Generaldirektor Höglund erklärte jedoch, dass er nicht genehmigt sei, in wichtiger Zeit zu reisen und abschließen, und so musste die französische Kammer ihre Zusage unterschreiben, da die Unterschrift erst nach zweieinhalb Stunden geleistet wurde.

Der Vertrag enthält die Bestimmung, dass die Kohlenlieferung, die ja den Hauptteil der deutschen Reparationszahlung bildet, auf das Reparationskontor geschrieben werden müsse, auf das Reparationskontor gebracht werden müssen, die Mitglieder der zurücktretenen Reichsregierung von Ihnen erachtet worden, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Ich bitte Sie, mich von der Weiterführung der Geschäfte nunmehr zu entbinden. Der Grund für diese Bitte liegt darin, dass angesichts der tatsächlichen finanziellen Verhältnisse des Reiches jetzt Entscheidungen getroffen werden müssen, die von einer nur geschäftsführenden Reichsregierung und einem nur geschäftsführenden Reichsfinanzminister nicht getroffen werden können, weil es sich um Entscheidungen von höchster politischer Tragweite handelt. Besonders der Zeitpunkt, an dem die für das heutige Gebiet zur Fortführung der Erwerbsförderung und Weiterleitung einiger anderer Zahlungen ausgeworbenen 100 Millionen Rentenmark eröffnet sind, rückt so nahe heran, dass nur eine verantwortliche Reichsregierung die erforderliche Entscheidung treffen kann. Durch den Schied des Reichstages herbeizubringen Rücktritt der Reichsregierung sind alle vorbereitenden ansehnlichen und innenpolitischen Schritte zur Regelung dieser überwichtigen, ihrem Wesen nach nur politisch zu lösenden Krise ins Stocken gekommen. Auch die Zahlungen für die Besatzungsmächte, die überaus hoch sind, laufen während dieser ganzen Zeit ohne Deckung durch den Übergangshaushalt weiter, während die verhinderten festbaren Tage gerade dazu hätten dienen müssen, die nach den Richtlinien der Politik Verhandlungen oder andere Schritte auf diesem Gebiete einzuleiten. All diese Verhandlungen bedeuten ebenfalls für das heutige Gebiet eine Fortdauer des bisherigen Zustandes der Unzufriedenheit über das Ausmaß der Leistungen, die das Reich angesichts seines finanziellen Zusammenbruchs überhaupt noch bewirken kann. Das heutige Gebiet hat aber ganz gewiss ein Recht auf Klärheit. Für das finanzielle Weiterleben des Reiches, wenn auch auf schmalster Grundlage, ist es ferner von entscheidender Bedeutung, dass im Monat Dezember bereits nennenswerte neue Einnahmen eintreten. Die tatsächlichen Vorbereitungen für solche Einnahmen-Sicherungen sind, besonders auch durch Verhandlungen in den Reichstagsausschüssen, zum Abschluss gebracht. Der zunehmende dringende Notwendigkeit eine Entscheidung über die weitere politische Behandlung der Angelegenheit laus aber nicht gegeben werden, weil eine politisch verantwortliche Regierung nicht vorhanden ist. Auch die Rahmenbedingungen zur Ausgabe-Befreiungsklausur, die ebenso dringend sind, erlangen des erforderlichen Schwergewichts, seitdem sie nicht mehr von einer verantwortlichen Regierung getragen werden. Das Gesamtbild unserer Finanzen aber ist, wie ich am Donnerstag, den 22. D. M., im Reichstag ausführlich dargelegt habe, derart, dass ein Schwebezustand wie der jetzige die dringende Gefahr einer Verunsicherung der letzten Hoffnungen bedeutet. Da ich, der ich aus meiner amtlichen Arbeit heraus die angekündigte Gefahr täglich wachsen sehe, meine Wissenswert an dem durch das Fehlen einer verantwortlichen Regierung entstehenden Unheil, obwohl die Wirkung nur die mehr passive eines geschäftsführenden Ministers ist, vor dem deutschen Volk, das durch den regierunglosen Zustand schwerste finanzielle Opfer bringt, nicht mehr tragen kann, so wiederhole ich meine Bitte um Entbindung von der Weiterführung der Geschäfte.

Auf die Tauer vermöchte keine Industrie der Welt den französischen Ausgangsvertrag zu ertragen. Der Vertrag ist daher auch nur bis zum 15. April nächsten Jahres abgeschlossen worden. Die Rheinisch-westfälische Industrie hofft, dass in diesen drei Monaten eine Änderung der französischen Lage eintreten müsse, und dass auf der Grundlage der Resolution dann ein verbindlicherer Vertrag, der der Industrie nicht nur Strom und Eisen aufrecht erhalten soll, sondern ihr auch das Recht gibt, zu ermöglichen wäre. Frankreich allerdings sieht, wie mir der Drude der höchsten Not verhindern werden konnte, und dass sich die Unterhändler nur bestreben zu seiner Unterstreichung verstanden, weil sie ihre Handlungsfreiheit auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wurde, und die Möglichkeit, in unbestrebte Gebiete auch festgehalten wird und durch eine Hinterfront, durch Drude auf die fast unter französischem Einfluss stehende Reparationskommission, doch noch verwirkt wird. Damit wäre die Möglichkeit, die deutsche Reparationspflicht herabzuändern, wieder auf weites Feld verlichsen und den Franzosen ein neuer Vorrat auch festgehalten wird und durch eine Hinterfront, aus den Verhandlungen herausgeholt, was gegenüber einem Partner, in dessen Händen alle Macht lag, herauszuholen war, und der die Qualität und Quantität seines Unternehmens ist es zu danken, dass die Industrie auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wurde, und die Möglichkeit, in unbestrebte Gebiete auch festgehalten wird und durch eine Hinterfront, von den Franzosen nicht länger verwirkt werden könnte. Das Düsseldorfer Abkommen ist ungünstiger für die Industrie als das Privatekommun, das zum Beispiel Otto Wolff in Köln ohne Rückwärts mit dem Reich und ohne Verbindung mit der rheinisch-westfälischen Industrie abgeschlossen, und auch viel besser als die verfeindeten Privatfirmen anderer Konzerne, die ohne Rückwärts auf das Reich und auf die Gemeinsamkeit zum Teil unter geradezu unglaublichen Bedingungen zum Beispiel unter der vertragsgemäßen Lieferungsdauer von Schlesien ins unbestrebte Gebiet übertragen worden sind. Immerhin ist der Vertrag so drückend, und für die deutsche Industrie so atemberaubend, dass er nur unter dem Drude der höchsten Not verhindert werden konnte, und dass sich die Unterhändler nur bestreben zu seiner Unterstreichung verstanden, weil sie ihre Handlungsfreiheit auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wurde, und das Ruhrgebiet vor dem Chaos und der Wildheit Revolution befreien wollten. Welche Aufstände im Rheinland und Ruhrgebiet drohten, illustriert zwei Tatsachen: In Düsseldorf sind mehr als 60 Prozent aller Unternehmen mit Breitband vertragt und in Duisburg zählt man 70 Prozent Arbeitslose.

Auf die Tauer vermöchte keine Industrie der Welt den französischen Ausgangsvertrag zu ertragen. Der Vertrag ist daher auch nur bis zum 15. April nächsten Jahres abgeschlossen worden. Die Rheinisch-westfälische Industrie hofft, dass in diesen drei Monaten eine Änderung der französischen Lage eintreten müsse, und dass auf der Grundlage der Resolution dann ein verbindlicherer Vertrag, der der Industrie nicht nur Strom und Eisen aufrecht erhalten soll, sondern ihr auch das Recht gibt, zu ermöglichen wäre. Frankreich allerdings sieht, wie mir der Drude der höchsten Not verhindern werden konnte, und dass sich die Unterhändler nur bestreben zu seiner Unterstreichung verstanden, weil sie ihre Handlungsfreiheit auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wurde, und die Möglichkeit, in unbestrebte Gebiete auch festgehalten wird und durch eine Hinterfront, aus den Verhandlungen herausgeholt, was gegenüber einem Partner, in dessen Händen alle Macht lag, herauszuholen war, und der die Qualität und Quantität seines Unternehmens ist es zu danken, dass die Industrie auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wurde, und die Möglichkeit, in unbestrebte Gebiete auch festgehalten wird und durch eine Hinterfront, von den Franzosen nicht länger verwirkt werden könnte. Das Düsseldorfer Abkommen ist ungünstiger für die Industrie als das Privatekommun, das zum Beispiel Otto Wolff in Köln ohne Rückwärts mit dem Reich und ohne Verbindung mit der rheinisch-westfälischen Industrie abgeschlossen, und auch viel besser als die verfeindeten Privatfirmen anderer Konzerne, die ohne Rückwärts auf das Reich und auf die Gemeinsamkeit zum Teil unter geradezu unglaublichen Bedingungen zum Beispiel unter der vertragsgemäßen Lieferungsdauer von Schlesien ins unbestrebte Gebiet übertragen worden sind. Immerhin ist der Vertrag so drückend, und für die deutsche Industrie so atemberaubend, dass er nur unter dem Drude der höchsten Not verhindert werden konnte, und dass sich die Unterhändler nur bestreben zu seiner Unterstreichung verstanden, weil sie ihre Handlungsfreiheit auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wurde, und das Ruhrgebiet vor dem Chaos und der Wildheit Revolution befreien wollten. Welche Aufstände im Rheinland und Ruhrgebiet drohten, illustriert zwei Tatsachen: In Düsseldorf sind mehr als 60 Prozent aller Unternehmen mit Breitband vertragt und in Duisburg zählt man 70 Prozent Arbeitslose.

Um die Steigerung der Produktion im Ruhrgebiet.

Bei Berlin. Um eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu ermöglichen und um durch reichsliche und billige Verfolgung der Wirtschaft mit deutscher Steinkohle der Arbeitslosigkeit zu befreien und den Kohlenmangel zu beenden, haben die Vertreter des Betriebsverbandes und der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium die Vereinbarung getroffen, dass im Ruhrbergbau die Arbeiter unter Zusa. lawia die mit der Förderung unmittelbar zusammen-

hängenden Arbeitsergebnis über Tage eine Stunde mehrarbeit leisten.

(1) **Mannheim.** Zwischen der interalliierten Rheinlandkommission und der Badischen Kasse und Goldobligationen sind zwei vorläufige Abkommen geschlossen worden. Das erste sieht u. a. vor, dass die interalliierte Rheinlandkommission Ausfuhrbewilligungen für die von der Interessengemeinschaft der deutschen Farbenfabriken hergestellten Erzeugnisse nach dem Auslande sowohl als auch nach dem untersten Deutschland erteilt. Der Export bleibt jedoch kontingentiert. Das zweite Abkommen regelt die Ausfuhr von Düngemittelkosten nach dem Auslande und nach dem unbesetzten Deutschland, soweit das betroffene Gebiet genügend mit Stickstoff versorgt ist. Ein bestimmter Prozentsatz von den Produkten des Düngemittelkosten ist unentbehrlich der Rheinlandkommission zu überlassen.

(2) **Gelsenkirchen.** Die Verhandlungen über ein vereinfachtes Geld für das betroffene Gebiet bis zur Errichtung der rheinischen Goldnotenbank sind abgeschlossen. Die rheinischen und westfälischen Landesbanken übernehmen die Ausgabe des Geldes. In drei Städten des betroffenen Gebietes werden Druckstellen errichtet. Die Landesbanken decken das Geld mit 60 Prozent Goldanleihe; für die restlichen 40 Prozent haben die Städte Wechsel zu liefern, für die das Reich wieder Goldanleihe gibt, sodass das Geld voll gedeckt sein wird.

England und die Militärkontrolle in Deutschland.

Die Botschafterkonferenz wird heute in Paris zusammengetreten. Sie wird sich, wie verlautet, mit der Frage der Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland beschäftigen. Wahrscheinlich wird auch der Bericht des Generals Mosset, den dieser der Botschafterkonferenz überwiesen hat, zur Sprache kommen. Untererst werden die Vorfälle, die sich am 17. November in Leipzig ereignet haben und denen ein belgischer und ein französischer Offizier zum Opfer gefallen waren, von der Botschafterkonferenz besprochen werden. Die Botschafterkonferenz wird entscheiden, ob sie mit den offiziellen Entschuldigungen, die die deutsche Regierung bei der belgischen und französischen Regierung gemacht hat, die Angelegenheit als erledigt betrachtet. Am allgemeinen Gespräch man in Paris teilnehmen, die Frage der Wiederaufnahme der Militärkontrolle, und man erwartet die weiteren Entscheidungen der Botschafterkonferenz mit realem Interesse. Allenthalben taucht die Frage auf, dass sich die englische Regierung um die Wiederaufnahme der Militärkontrolle nicht genug kümmere. Die Presse berichtet sich darüber, dass der englische Delegierte der Mossetmission eine Erklärung abgegeben habe, in welcher er betont, dass die Kontrolle eigentlich zu Ende sei, da sie die Verpflichtung des Versailler Vertrages erfüllt habe, nämlich die Vernichtung des Kriegsmaterials. Die französische Regierung wendet sich gegen diese Meinung. Infolge dieser verschiedenen Auffassung dürften die nächsten Verhandlungen der Botschafterkonferenz besonders interessant werden.

Der Hitlerputz und Sachsen.

(1) **Berlin.** DTA berichtet: Nach Dresdner Meldungen hat der fälschliche Ministerpräsident Bellitsch im sächsischen Landtag behauptet, dass Reichskanzler Dr. Stresemann in der Nacht zum 9. November nach dem Hitlerputz in München telegraphisch um Sachsen Hilfe gegen Bayern gebeten habe. Tatsache ist, dass in der Nacht zum 9. Nov. von der Presseabteilung der Reichsregierung ein orientierendes Telegramm an sämtliche Landesregierungen abging, in dem folgendermaßen lautet: In München hat Hitler die Reparatur Anniling gestürzt und sich zum Reichsverweser ernannt. Die Reichsregierung hat die Verbindung mit Bayern abgebrochen und General v. Seest zum Oberbefehlshaber sämtlicher Truppen ernannt. Sie hat folgenden Aufruf erlassen. Es folgt sodann der bekannte Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, der folgendermaßen lobt: In der Sitzungsstunde des deutschen Volkes und des deutschen Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusezen für die Heimatseinheit, deren Ordnung und deren Freiheit. Alle Maßnahmen für die Niederkämpfung des Aufstandes und die Wiederherstellung der Ordnung sind getroffen und werden mit rücksichtsloser Energie durchgeführt. Die Darstellung Bellitsch, dass gerade Sachsen um seine Hilfe gegen Bayern gebeten worden sei, wird sowohl durch die Tatjache, dass das erwähnte Telegramm an sämtliche Landesregierungen gesandt worden ist, wie auch durch den Inhalt des Telegramms widerlegt.

Angelas Heirat.

Roman von L. G. Möserly.
80. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Bei den merkwürdigen Worten und dem sonderbaren Lachen schaute es wie ein Strahl teuflischer Freude aus Rosas Augen, ein Strahl, vor dessen grellem Lichte sein guter Engel sich das Antlitz verhüllen musste. Wie ein Blitze fuhr es ihm durch den Sinn: Auf irgendeine wunderbare Art hat Erich Martens jede Erinnerung an seine Heirat und seine Frau verloren. Meine Stunde ist gekommen.

Aber er ließ den Gedanken nicht sofort Macht über sich gewinnen, er erlag nicht gleich der Verführung. Seine edlere Natur beobachtete vorerst noch die Oberhand, und seine Stimme klang wenn möglich noch freundlicher als vorher, als er Erichs Schulter wieder berührte und sprach: „Du bist sicher froh gewesen, Martens? Denn nur so läuft es sich erklären, dass du deine Heirat und deine Frau vergessen hast. Erinnerst du dich nicht der Trauung in der Kirche in der Blücherstraße? Du kannst das doch nicht alles vergessen haben.“

„Rede doch nicht — solches Blech,“ rief Martens gereizt. „Du hast mich wohl — mit einem andern — verwechselt. Ich bin in meinem Osborn — nicht verheiraten gewesen. Habe mich — auch nie — verheiraten wollen. Das müsst du — doch wissen, Stern.“

„Ja, hast du denn die Kabelgramme und Briefe von deiner Frau nicht erhalten?“

„Kabelgramme?“ Der gereizte Ton war schon wieder aus Martens Stimme verschwunden, und sie klang monoton wie vorher, auch seine Augen, die vorhin zornig geblieben waren wieder matt und trüb. „Ich weiß — von nichts. Ich habe — keine Briefe bekommen.“

„Hör mal, alter Freund,“ Rolf kniete plötzlich neben dem Sessel nieder und schüttelte Erich am Arm. „Irgend etwas ist nicht in Ordnung mit dir, aber ich weiß nicht, was es ist. Versuch mal, dich ein bisschen aufzurichten und sag mir, was du dich von neuerlichen Vorgängen erinnern kannst. Zum Beispiel, wann hast du zum letzten mal etwas gegessen?“

„Ich — weiß — nicht, — es ist — schon lange her. Da war ein — ein Schiff, — ja, ich glaube, — es war ein Schiff, und ehe ich — das Schiff verließ, — ich weiß nicht, — was vorher war, — aber — ehe ich — das Schiff verließ, — da befand ich — etwas — zu allen.“

Dezember - Neuhestellungen

auf das „Märker Tageblatt“ zum
Bezug durch die Post (Viertelpreis
5 Goldmark) werden heute noch
von der Geschäftsstelle in Mieko,
Goethestraße 60, angenommen.

Blasenapp über die Währungsfrage.

In der gelungenen Zentralausstellung der Reichsbank erklärte Blasenapp von Blasenapp u. a.: Mit dem Beginn der Ausgabe der Rentenmarkcheinreihen darf das Reich keine weiteren Schausammlungen mehr durchführen. Damit ist diese Entwicklung zum Stillstand gekommen, die die nahezu völlige Entwicklung der Reichsbanknoten verhindert hat. Die Reichsbanknote ist und bleibt das einzige gesetzliche Zahlungsmittel. Eine weitere Verschärfung der Papiermark durch weitere Inflation infolge der Reichskredite ist bestimmt. Durch die Bestimmung der Rentenbankverordnung, wonach das Reich mit Hilfe eines ihm von der Rentenbank auslosen zu gewährbaren Darlehen keine bei der Reichsbank aufgenommene schwedende Schuld decken muss, ist die Grundlage für eine Besserung und für einen Wiederaufbau der Papiermark gegeben.

General v. Seest zum Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei.

Der Chef der Heeresleitung General v. Seest hat auf die Bekämpfung des Deutschvölkischen Freiheitspartei in einem Schreiben erwidert, in dem mitgeteilt wird, der Abgeordnete v. Gräfe habe im Einverständnis mit Verantwortlichen gehandelt, die die verfassungsmäßige Reichsbegrenzung zu stützen versuchten. Er habe an einem Demonstrationszuge der Illustriepartei teilgenommen, der nach seinem eigenen Eingeständnis die Reichswache auf die Seite seiner Partei bringen sollte. Er habe ferner im „Deutschen Tageblatt“ sein Einverständnis mit dem Illustriepartei ausgetragen und an die Reichswache eine Aufforderung zum Ungehorsam gerichtet. Ferner habe das Mitglied der Deutschvölkischen Freiheitspartei Oberleutnant a. D. Röckhau Anhörungen der Fanterieschule in München zum Unterricht und Oldruck verleitet. Aus diesen Gründen müsse das Verbot in vollem Umfang aufrecht erhalten bleiben.

Die Separatisten in Düsseldorf von belgischen Gendarmen entwaffnet.

(1) **Düsseldorf.** Die Separatisten sind gestern von belgischen Gendarmerien entwaffnet worden. Damit hat die Separatistenherrschaft in Düsseldorf ihr Ende gefunden.

Vormarsch von Separatisten beendet.

(2) **München.** Nach einer Meldung aus Vormarsch haben die Separatisten heute vormittag Vormarsch beendet. Die öffentlichen Gebäude befinden sich in ihrer Hand.

Trotzender Generalstreik in Wien.

Die vorerst dem Industriellenverband von den Industrieangestellten sowie den Metallarbeitern überreichten Ultimata sind bis Freitag nachmittag befristet. Die Industrieangestellten fordern eine generelle Erhöhung ihrer Brüche um 15 bis 18 Prozent. Sollte ein Streik der Metallarbeiter ausbrechen, dann schließen sich sofort die Wiener städtischen Elektrizitätswerke an. Das würde mittelbar den Generalstreik bedeuten, da dadurch alle auf elektrischen Strom eingestrichene Industrien stillgelegt würden, wie Großfabriken, Molkereien, Straßenbahn, Beleuchtung, Zeitungen usw. Gestern abend fand eine Konferenz zwischen dem Bundesfunkler Dr. Seipel und einem Sekretär des Metallarbeiterverbandes, dem Abgeordneten Domes, statt, die jedoch kein Resultat ergab.

Zur Einführung der neuen Postgebühren.

Postsendungen, die nach der Ausgabe der neuen wertbeständigen Postwertzeichen (1. Dezember) noch mit Briefmarken der bisherigen Art in Papiermarkwährung nach dem Kennwert der Marken zu den wertbeständigen Sätzen freigesetzt werden müssen, werden solange nicht benutzt, bevor diese Marken als ungültig erklärt werden. Wenn die verwendeten alten Marken nicht zur vollständigen Freimachung ausreichen, hat der Empfänger bei

der Auszahlung noch das eineinhalbfache des Bedarfes, unter Aufrundung auf volle 10 Rentenmarken, zu entrichten. In der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember werden im allgemeinen um 12 Uhr die Briefstämme außerordentlich geleert. Später in die Briefstämme gelegte Sendungen unterliegen den neuen Gebühren; doch werden Sendungen von Briefstädten, die nicht um Mitternacht geleert werden können, bei der ersten Verteilung am 1. Dezember nicht als unzureichend freigesetzt angesehen, wenn sie noch nach den niedrigeren Sätzen freigesetzt sind. Die Gemüts- und Gebührenstufen werden bei den Briefen im Orts- und Fernverkehr auf zwei (bis 20 gr und über 20 gr bis 500 gr) beschränkt. Für Wertsendungen wird die Einschreibebühr allgemein nicht mehr erhoben. Um den Betrieb und die Gebührenrechnung zu vereinfachen, sind zahlreiche Nebengebühren abgeschafft worden, u. a. die Eingangsgebühr bei Postausträgen und Nachnahmen für die wiederholte Verteilung von Postausträgen und Nachnahmen, die Gebühren für die Rückgabe noch nicht abgesandter Sendungen oder für die Rückgabe einer Zeitungsbestellung, die Verhandlungsgebühren für Postkonserven und Abholungserklärungen, die Aufschlagsgebühr für postlagernde Sendungen, die Gebühr für die Nachfrage nach postlagernden Sendungen außerhalb der Posthalterkunden, die Postausgabebühr für die gewöhnliche Abholung usw. — (Die Tabelle der neuen Postgebühren wird in der morgigen Nr. des „Märker Tageblatt“ abgedruckt.)

Ausgabe der neuen Freimarken.

Die Oberpostdirektion teilt mit: Am 1. Dezember werden weitestgehend, auf Goldmarkbasis laufende Freimarken herausgegeben. Die Freimarken im Einzelwert von 1 Million Mark bis einschließlich 50 Milliarden Mark werden ab dann von der Post nicht mehr verkauft; sie verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf des Monats Dezember 1923. Bis dahin dürfen sie noch im Wertbetrag des Kennwertes neben den neuen Marken zum Preis machen. Zurücknahme einer Zeitungsbestellung, die Verhandlungsgebühr für Postkonserven und Abholungserklärungen, die Aufschlagsgebühr für postlagernde Sendungen, die Gebühr für die Nachfrage nach postlagernden Sendungen außerhalb der Posthalterkunden, die Postausgabebühr für die gewöhnliche Abholung usw. — (Die Tabelle der neuen Postgebühren wird in der morgigen Nr. des „Märker Tageblatt“ abgedruckt.)

Ab 1. Dezember Milliardenmarkrechnung.

Die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sieht sich genötigt, ihren Abdruck und Verbreitung, soweit er sich noch in Papiermark abspielt, vom 1. Dezember an auf die Milliardenmarkrechnung einzustellen. Postanweisungen, Nachnahmen, Postausträge und Postkarten dürfen vom 1. Dezember an nur über volle Milliarden laufen. Bei der Ausgabe des Betrages in Ziffern ist dabei an Stelle der neun Nullen das Wort „Milliarden“ zu schreiben. Die Mahnung wird mit dazu beitragen, eine schnelle Abtötigung der Bevölkerung an den Posthaltern zu ermöglichen.

Postanweisungen in Rentenmark.

Vom 1. Dezember an werden im Inlandsverkehr Postanweisungen in Rentenmark zugelassen. Der Betrag ist unbeschränkt, Einzahlung hat in Rentenmark zu geben. Solange dem Abförderer zur Einzahlung von Wenigen die erforderlichen Rentenmarken nicht zur Verfügung stehen, wird er sich unter Umständen darauf beschränken müssen, volle Rentenmarkbeträge einzuzahlen. Denn aus betriebs-technischen Gründen sind Rentenmark-Postanweisungen voll in Rentenmarkbeträgen einzuzahlen. Die Post gibt neue Vordrucke zu Rentenmarkpostanweisungen aus, die bei den Postanstalten zum Verkauf bereithalten werden. Die Postanweisungsbühr ist, ebenso wie bei den auf Papiermark lautenden Postanweisungen, vom genannten Tag an in Freimarken auf den Postanweisungen zu verzehren. Die Auszahlung der Beträge geschieht in Rentenmark. Steht dieses Zahlungsmittel bei der Auszahlungspostanstalt nicht zur Verfügung, so kann der Betrag mit Billigung des Empfängers in Papiermark zu dem am Tage der Auszahlung geltenden Umrechnungskurs für Postgebühren aufgezahlt werden.

Die Rentenmark im Postcheckverkehr.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. 11. 1923 wird der Postcheckverkehr in den Tagen vom 18. bis 15. 12. auf Rentenmark umgestellt, so dass die Postcheckkunden vom 17. 12. ab über ihr Guthaben in Rentenmark verfügen können. Der Zeitpunkt der Umstellung ist im Einvernehmen mit dem Reichswährungskomitee festgesetzt worden. Den Postcheck Kunden wird näher Nachricht durch die Postcheckämter gegeben.

„Vielleicht ein halbes Brathuhn?“ Meine Frau hat vorhin eins frisch zubereitet, davon hat der Doktor unten die Hälfte bekommen. Die andere Hälfte ist noch da, das wäre vielleicht etwas für Herrn Martens.“

Erich, als er seinen Namen hörte, fuhr aus seiner Versunkenheit auf, und während dasselbe sonderbare Lächeln über sein hageres Gesicht flog, das Stern schon mehrmals aufgesessen war, sagte er: „Brathuhn? Ja, das könnte mich reizen. Jetzt, wo ihr — von Essen redet, merke ich erst — wie hungrig ich bin.“ Dann wandte er sich wieder dem Feuer zu, hielt die Hände davor und suchte sie zu erwärmen, während sein Körper sich wie in Fieber schauerte schlüttelte.

Die Blicke der beiden anderen trafen sich, und Kopp sagte leise:

„Herr Martens fror so, als er kam, darum habe ich das Feuer angezündet. Er zitterte und bebte vor Frost, wie einer, der das Fieber hat.“

„Ja, es war sehr vernünftig, dass Sie ein Feuer angezündet haben,“ versetzte Rolf rasch, „Herr Martens hat eine lange Reise hinter sich und ist natürlich müde und kalt.“

„Ubrigens,“ — er machte dem Mann ein Zeichen, das Zimmer zu verlassen und folgte ihm in den Korridor, wobei er die Tür sorgfältig schloss, — „wann ist Herr Martens angekommen, Kopp? Ich hatte ihn heute nicht erwartet.“

„Ja, Herr Stern, ich war ganz stark vor Staunen, als ich ihn an der Tür stehen sah. Er hatte die Klingel an der Haustür gezogen, trotzdem sie offen stand, und als ich herauskam, starzte er mich einen Augenblick an, als habe er mich noch nie gesehen.“

„Ja, ja, ich fürchte, er ist frisch. Ich fürchte, sein Geist.“ er brach ab, doch Kopp nahm den Wind sofort auf.

„Dasselbe war auch meine Idee. Ich habe gleich zu meiner Frau gesagt: Gib mal acht, sagt ich, der arme Herr Martens hat einen Sonnenfleck gehabt, und er ist nicht ganz richtig im Kopf. Er sieht auch furchtbar elend aus, nicht, Herr Stern?“

Der böse Schlimmer, der vorhin schon einmal in Roffs Augen aufgeblitzt, erschien wieder darin. Seine eigenen schlimmen Gedanken waren von Kopp in Worte gefasst worden, von dem ehrlichen Kopp, der nur das tiefste Vertrauen für den netten Herrn Martens empfand, der immer so lebenswürdig gegen ihn gewesen.

„Das Schiff brachte dich wohl von Afrika, ja? Wann bist du angekommen, gestern oder heute?“

„Ich weiß — nichts von — Afrika.“ — Erich sprach sehr langsam, abgehackt, und das Denken machte ihm fassbar große Schwierigkeiten. „Aber ich glaube — wir kamen heute morgen — ganz früh — in — in — na, da an. Es ist sonderbar — von dem, was — vorherging, ich weiß ich — nichts mehr, — gar nichts. Ich weiß, dass ich im Schnellzug gefahren bin, und dass ich dann — sofort — in einer Drosche hierherfuhr. Aber — von der Seereise — weiß ich nichts mehr, — auch nichts von dem was vorher geschehen. Das legte, — was ich mich — erinnern kann, ist — dass ich einmal — mit dir zusammen — hier gesessen und geplaudert habe. Aber — es ist schon sehr lange.“

„Sol — und was ist mit den Depeschen und Karten?“ fragte Rolf scharf, denn ihm war plötzlich der Gedanke gekommen, ob sein Freund vielleicht den Verlust seines Gedächtnisses simuliere, um sich der Strafe für sein Vergehen zu entziehen.

„Depeschen und Karten?“ Erich lag so fassungslos aus, dass er Rolf sofort klar wurde, dass er nichts von der Sache wusste. Aber er konnte das ja auch vergeben haben. „Depeschen und Karten?“ wiederholte er. „Ich habe — keine Ahnung, wovon, du sprichst.“

„Ich will dir mal was sagen,“ schlug Rolf vor, „das Beste wird sein, du ihn erst mal was, dann kannst du dich vielleicht dessen bewusst.“

Erich klingelte, und gleich darauf erschien der Mann, der die Bedienung des Herrn übernommen hatte, die Zimmer und Geschäftsräume in dem großen Hause innehielten. Kopp war früher Offiziersbüro gewesen und hatte dann die Köchin seines letzten Herrn Hauptmanns geheiratet. Die Leute hatten die Verwaltung des Hauses in der Villenstraße übernommen und hatten sich bald durch Bedienung und Besoldigung der unverheirateten Mietern eine Ihren Besoldigkeiten entsprechende Beschäftigung und guten Dienst geschaffen.

„Nun, Kopp,“ redete Rolf ihn an, „können Sie Herrn Martens eine Kleinigkeit zu essen besorgen?“

Mit der ruhigen Selbstverständlichkeit eines gutgeschulten Dieners nahm Kopp den Auftrag entgegen, ohne sich eine Frage über den eigentümlichen Zustand und das sonderbare Aussehen Erichs zu erlauben. Aber er konnte doch nicht umhin, einen forschenden Blick nach der zusammengefundenen Gestalt im Sessel zu werfen, während er nach-

Die neue Reichsregierung.

mit Berlin. (Berichtsmeldung.) Der neuen Reichsregierung unter Reichskanzler Marx gehören an: als Vertreter des Reichskanzlers Darres, als Reichsminister des Auswärtigen Seelmann, als Reichsminister Göring, als Reichsminister Braun, als Reichsminister Kübler, als Reichsminister Bräuer, als Reichsminister Hesse, der gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums den belegten Gebiete beauftragt wird. Die Rechte des Verkehrs, der Wirtschaft, der Ernährung und der Justiz werden voraussichtlich im Laufe des Tages besetzt werden. Es steht noch nicht fest, ob der Kanzler Darres das Reichsministerium des Innern übernehmen wird.

Tagesgeschichte.

Beendigung Bergarbeiterstreik. Der Bergarbeiterstreik im niedersächsischen Industriegebiet wurde gestern offiziell abgebrochen. Dem „Neuen Tageblatt“ zufolge sind alle Bergarbeiter wieder eingefahren. Vorläufig wird der durch den Berliner Schiedsgericht geschaffene Schiedsschluß von 25 Goldmark und 375 Millarden Papiermark Trennungsauslaß gesetzelt. Heute finden in Berlin neue zentrale Lohnverhandlungen statt.

Weitere Annahme der Arbeitslosigkeit. Im unbefestigten deutschen Gebiet hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. 11. 1250000 betragen gegenüber 940000 am 1. 11., die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 1772000 gegenüber 1708000. Die Zahl der Arbeitslosen in den belegten Gebieten wird unverändert auf mehr als 2 Millionen geschätzt.

Der Essener Bürgermeister auf freiem Fuß. Die Grafschaften haben die endgültige Beurlaubung des Essener Bürgermeisters Schäfer angeordnet, der zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Schäfer wird voraussichtlich noch diese Woche sein Amt wieder antreten.

Das Schulamt des Deutschen Schulhülfeverein Großherzogin Elisabeth ist am 28. 11. wohlaufgeheilten in die das Haus eingetroffen und wird am 6. 11. nach Montevideo weiterziehen.

Verhandlungen der Industrie mit Italien. Nach einer Meldung des „Molin“ aus Rom hat die italienische Regierung einen Delegierten nach Berlin entsandt zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung und dem Reichsverbande der deutschen Industrie in der Frage der Lieferung von Rohstoffen und Halbfabrikaten.

Das Reichsministerium zum Streit der Aerzte gegenüber den Krankenkassen.

Der Verband der Aerzte Deutschlands hat auf Grund des § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuchs seine Verträge mit den Krankenkassen fristlos gekündigt. Als wichtigen Grund für die Vertreter der Aerzteschaft die Verordnung der Reichsregierung über die Krankenhilfe bei den Krankenkassen vom 30. Oktober 1922 an. Mit der Entscheidung tritt also am 1. Dezember der vertraglose Zustand gegenüber den Krankenkassen ein.

Berlin. Zu dem von den Aerztenverbänden zum 1. 12. beschlossenen Streit gegenüber den Krankenkassen teilt das Reichsministerium mit: Eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. November ergänzt die Verordnung über Krankenhilfe nach den Richtlinien des Reichsministers vom 22. und 26. November. Kündigung eines Vertragsvertrages ist, wie in § 626 BGB, nur bei wiederholter und wichtiger Verletzung der fachärztlichen Pflichten zulässig und wird zu Gunsten der Aerzte abweichen vom allgemeinen bürgerlichen Recht erst mit der Entscheidung des Kassenvorstandes, nach Anhörung von Sachverständigen. Richtlinien aufzustellen, fällt weg. Im übrigen dürfen die Kassenvorstände die Verträge zur Kündigung und Auslösungserklärung sowie zur beurkundeten Verteilung der Kassenärzte erst ausüben, wenn der Überwachungsausschuß bestellt ist. Die neue Verordnung, die am 30. November im „Reichsanzeiger“ erscheinen wird, bestätigt auch den Schein eines Grundes für einen Aerztestreit.

Verteilches und Sächsisches.

Miela, den 30. November 1923.

Meisterprüfungen. Vor der Prüfungskommission in Großenhain haben gestern u. a. folgende Herren die Meisterprüfung bestanden: Fleischer Mag. Ahmus, Stadtteil Neuseidau, Maler Oskar Winkler, Rosenplatz, Fleischer Karl Hartlich, Merseburg.

Die „Brünig-Weißtöpfle.“ (Hotel Höpflner) bringen die Woche neben dem reisenden Waldhoff-Märchen im „Wolde“ das erregende Drama „Die Göttin der roten Patrone“. Das Stück eines östlichen Wallenmödchens, dessen Vater, ein Amerikaner, unter Sabotage einer Abfertigungsumme sich der Kleidung entzog, ist in dem sieben-äugigen Schauspiel sehr gut wiedergegeben. Das Mädchen bestätigte sich hervorragend als Lehrerin bei der amerikanischen Millionshilfe in Peking und verliebte sich in den Sohn des amerikanischen Gefundenen. Verschämte Liebe und gefürchterter Hass eines östlichen Arztes verwandelte ihr Wohlwollen für die weiße Rasse ins Gegenteil. Sie begab sich in die Hände des Boger und beteiligte sich hervorragend an den Aufständen in China, die das Eingreifen der verbündeten europäischen Truppen zur Folge hatten. Ihr wechselvolles Leben endete durch Selbstmord. Der Film verdient volles Lob. Gelegenheit zur Besichtigung ist noch heute und morgen geboten.

Für Versorgungsberechtigte der ehemaligen Wehrmacht. Die Schiedsgerichtsregelung in Goldmark. Die Schiedsgerichtsregelung, die Gehälter der Beamten demnächst in Goldmark festzulegen. Dem Vernehmen nach sind die Verträge dafür so weit vorgeschritten, daß vorläufig bereit ist für Dezember nach den neuen Söhnen gezahlt werden kann. Am 30. November wird den Beamten zunächst eine Abschlagszahlung nach dem bisherigen Verfahren gewährt werden, der am 11. Dezember auch die erste Leistungszahlung nach Goldmark folgen soll. Für die lädtlichen Beamten und Lehrer wird eine gleiche Regelung eintreten.

Preiswucher bei Goldmarkbergbau. Dem Wirtschaftsministerium geben seit einigen Tagen aus Verbraucherteilen klagen darüber zu, daß Geschäftsführer beim Verkauf die Wahrung von Papiergeld verweigern und werbungsbedürftige Zahlungsmittel fordern. Da der größte Teil der Bevölkerung heute jedoch noch mit Papiergeld entlohnt wird und über andere Zahlungsmittel deshalb nicht verfügt, ist ein solches Vorgehen der Geschäftsführer geeignet, die große Masse der Bevölkerung in ihrer Existenz aufzuhören zu gefährden, in dieser dritten Zeit der Not die Regierung noch mehr zu steigern und Gefahren für die öffentliche Ruhe und Ordnung heraufzubringen. Das Papiergeld ist heute noch gelegentliches Zahlungsmittel und muß deshalb im Warenverkehr angenommen werden. Außerdem machen es in letzter Zeit

die schwärmenden Angehörigen eines Kreiswuchers bemerkbar. Das Wirtschaftsministerium hat deshalb die Landesbevölkerungsstelle und die Preisprüfungsstellen im Lande angewiesen, die Preisgestaltung auf das strenge zu verfolgen, sowie Bucherer und Preisrichter unmöglich der Strafverfolgung zugänglich zu machen, die sich in der vorgenannten Art gegen die öffentlichen Interessen vergangen, haben zu erwarten, daß ihnen die Erlaubnis zum Warenhandel wegen Unzuverlässigkeit entzogen wird.

Der Beamtenabbau. Die Gewerkschaften der Beamten haben in einer gemeinsamen Einigung an sämtliche Fraktionen des Reichstages unterschieden Bewahrung eingesetzt gegen die von der Regierung gewählte Methode des Personalabbau. Als Voraussetzung des sich gerechtfertigten Ziels wird die Herausdrückung der Generalauflösung bezeichnet. Am Schlusse wird gebeten, die Veronalabauverordnung aufzugeben, die bereits vorgenommenen Abbaunahmen rückgängig zu machen und weitere Abbaunahmen vorläufig zu unterlassen.

Das unrühmliche Ende der Papiermarkfläche. Die Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Hälfte der Bevölkerung ist in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Papiermarkfläche der Papierfabrik Limmeritz-Steina ist jetzt mit dem Einstampfen von Geldscheinen unter 1 Milliarde die waggonsweise vertrieben werden, beschädigt. Aus dieser Masse wird keines Schreibpapier angefertigt.

Das Einzugsverfahren in der Industrie und Handelskammer. Die Einzugsverfahren in der Pap

Neuere Nachrichten und Telegramme

vom 30. November 1923.

Die vaterländischen Verbände neuen Ehe.
Berlin. Der Vorsitzende der Vereinigten vaterländischen Verbände Ado Weißler vor die Führer der Organisation aus dem ganzen Reich zu Sonnabend nach Berlin berufen, um eine Ausprache herzuführen, in der der Rücktritt des Reichspräsidenten Ebert gefordert werden soll.

Ein neues Ermaßigungsgesetz.
Berlin. Das neue Kabinett dürfte dem Reichstag bald ein neues Ermaßigungsgesetz vorlegen, das allerdings nur von geringerem Umfang sein wird. Sollte der Reichstag diesem Gesetz die Zustimmung verleihen, so wird Dr. Marx zweitens die Aufführung des Reichstages herbeiführen, wozu er sich die Ermaßigung vom Reichspräsidenten von vornherein gesichert haben dürfte.

Aktionierung der Deutschen Nationalen.

Die Aktionierung der Deutschen Nationalen.
Berlin. Die deutschnationale Reichstagfraktion zieht heiter abend eine kurze Aktionierung ab, um zu dem neuen Kabinett Stellung zu nehmen. Beschlüsse werden nicht gefasst.

Die Verhandlungen des Abgeordneten Dr. Marx.

Die Verhandlungen des Abgeordneten Dr. Marx über die Kabinettbildung sind soweit fortgeschritten, daß sie voransichtlich heute Freitag zum Abschluß gebracht werden.

Das wechselseitige Muhrgeld.

Die Muhrgeldverhandlungen.
Berlin. Die Verhandlungen über ein wechselseitiges Muhrgeld für die besetzten Gebiete sind jetzt zum Abschluß gekommen. Es wird für volle Deckung des Muhrgeldes gelogege werden.

Die Regierungsbildung in Thüringen.

Die Regierungsbildung in Thüringen.
Weimar. Auf der Tagessitzung der neuzigen Landtagssitzung stand als einzige Verordnung die Regierungsbildung. Nach langer Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten und den Staatsministern Prößler wurde über den Antrag der PSDP, wonach zwei bisherige Minister, nämlich Staatsminister Prößler und Staatsminister Hermann das freigewordene Wirtschafts-, bzw. Justizministerium mit übernehmen sollen, abgestimmt. Der Antrag wurde mit 30 Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten gegen 22 Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Abg. Höfer (Landtags) stellte hierauf fest, daß die jetzige Regierung in ihrer Zusammensetzung dem § 71 der Verfassung widerspreche. Staatsminister Prößler erklärte, daß dies juristisch nicht feststehe. Die Sitzung wurde hierauf auf Freitag vormittag zur Weiterberatung der Angelegenheit vertagt.

Erneute Studenten-Ausammenstöße in Wien.

Die erneuten Studenten-Ausammenstöße in Wien.
Wien. Gestern vormittag wiederholten sich auf der Rampe der Universität die Schlägereien zwischen Studenten verschiedener Parteien, sobald die Polizei zum Einschreiten gewusst war. Das Haupttor der Universität ist wegen dieser Vorfälle geschlossen. Die Vorlesungen wurden nicht gestört.

Holländische Wohltätigkeitsveranstaltungen für die deutsche Not.

Holländische Wohltätigkeitsveranstaltungen für die deutsche Not.
Amsterdam. Am 27. November fand im Haag ein Bazaar zu Gunsten deutscher Intellektueller statt, der vom Prinzenpaar der Niederlande eröffnet wurde. Der Bazaar, von einem Komitee angelegter Verschärfungen veranstaltet, bildete ein neues Glied in der Kette holländischer Wohltätigkeitsveranstaltungen, die jüngst stattfinden. Die deutsche Not findet bei den holländischen Volks austretiges Mitgefühl. Unerhört werden Komitees gebildet, die Sammlungen zu Gunsten Deutschlands veranstalten. Die Gebe-

richtszeit ist trotz der wirtschaftlichen Not, unter der auch Holland leidet, außerordentlich groß. Einzelne Komitees brachten bereits mehr als 100.000 Gulden auf. Auch große Lebensmittelstiftungen wurden gegründet. Auf Veranlassung des niederländischen Kinderkomitees befinden sich dauernd 5–6000 deutsche Kinder in Holland. Diese Zahl wird sich in Zukunft wohl noch erheblich vermehren.

Polen verbietet die Ausfuhr von Superphosphat.
Warschau. Die polnische Regierung hat den Zoll für die Ausfuhr von Kartoffeln auf 12 Dollar pro Wagon festgesetzt und die Ausfuhr von Superphosphat verboten.

Weltwirtschaft.

Die Mark im Auslande. Prag: 675 pro 1 Billion. Stockholm: 0,65 pro 1 Billion. Amsterdam: 0,85 pro 1 Billion. Paris — London: ausgeblichen. Zürich: 0,75 pro 1 Billion.

Weltwirtschaftliche fünfprozentige Mongorenrente des Landeskulturrentenbundes. Die vorbereiteten Wertpapiere werden am 3. Dezember d. J. an der Dresdner Börse eingeführt und an diesem Tage zum ersten Male amtlich notiert werden. Sie sind an Land, forst- und teilschaftlichen Grundstücken, und zwar regelmäßig an erster Rangstelle dringlich übergestellt; außerdem haften für Kapital und Zinsen die Landeskulturrentenbund und der Sachsische Staatsfiskus. Die Stücke lauten auf den Wert von 20, 10, 5, 1 und ½ Rentner Roggen. Die Rückzahlung des Kapitals und die Verzinsung erfolgt unter Zugrundelegung des Mogenpreises der Dresdner Produktionsbörse. Die Wertpapiere sind zur Anlegung von Münzgold geeignet.

Die Börse in Berlin am Donnerstag. Die Aktionärskrise hat immer noch keine Lösung gefunden. Man sieht die Lage aber wohl nicht mehr so pessimistisch an. Aus New York wird die Mark wieder etwas höher geschätzt. Sie entspricht einer Parität von 7,1 Billionen für den Dollar. Man nimmt daher an, daß es kaum der Reichsbank möglich sein wird, die Dividendennotierung auf der Höhe des Voranges zu halten. Die Markbewertung hat, wie gemeldet wird, in Köln starke Abweichungen hervorgerufen, sodass die Kurie dort im freien Verkehr bedeutend niedriger lag. Die Geldknappheit hält weiter an. Man rechnet daher am Effektenmarkt mit der Fortsetzung der lauen Tendenz von gestern.

Die neuen Milchpreise für Sachsen. Nach den Berechnungsgrundzügen des Sachsischen paritätischen Milchpreisausschusses gibt die Landespreisprüfungsstelle folgende Anerkennung der Milchpreise mit Wirkung vom 1. d. M. ab bekannt: Ein Liter Vollmilch, gefüllt, ab Stall kostet 17 Pf., ein angemessener Butterverarbeitungspreis des Erzeugers 10 Pf. in ländlichen Gebieten, 21 Pf. in industriellen Gebieten.

Das wertsichende Recht der Handelskammer Dresden. Wird, da das Rontgenentnahmegerüst ist, auf ausdrücklichen Wunsch des Reichsfinanzministeriums im allgemeinen nur noch genau Einschätzung von Devisen und Noten in Goldwährung, sowie von Goldanleihe und Dollarobligationen ausgegeben, und zwar bei Zahlung in Goldwährung zu besonderen Rücksichten. Sollte dies jedoch in Frage kommen, so wird dies rechtzeitig in der Presse bekannt gegeben werden.

Das Recht des Hypothekenklägers. Der fünfte Urteilssatz des Reichsgerichts hat in diesen Tagen eine Entscheidung gefällt, die von höchster grundsätzlicher Bedeutung ist, obwohl ihr Gegenstand sich außerhalb des deutschen Reichsgebietes befindet. Es handelt sich um die Lösung einer vor dem Urteil auf ein Grundstück an der damals deutschen Paderborner eingetragenen Hypothek, deren Betrag der Siedler am Fälligkeitstage, dem 1. April 1920, hat zurückzuzahlen. Wohl aber werden Komitees gebildet, die Sammlungen zu Gunsten Deutschlands veranstalten. Die Gebe-

richtszeit ist trotz der wirtschaftlichen Not, unter der auch Holland leidet, außerordentlich groß. Einzelne Komitees brachten bereits mehr als 100.000 Gulden auf. Auch große Lebensmittelstiftungen wurden gegründet. Auf Veranlassung des niederländischen Kinderkomitees befinden sich dauernd 5–6000 deutsche Kinder in Holland. Diese Zahl wird sich in Zukunft wohl noch erheblich vermehren.

Die Regierung des Gläubigers durch mehrere Instanzen gegangen war, bat sich das Reichsgericht auf die Seite des Gläubigers gestellt und dessen Weigerung, den Schuldbetrag in entwerteter Papiermark anzunehmen, als berechtigt anerkannt. Die Urteilstscheidung bestätigt, daß man grundsätzlich dem Hypothekenkläger das Recht auf eine angemessene Aufwertung des ihm aufzuhenden Marktbetrages zubilligen müsse. Sie führt sich dabei auf den § 32 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der den Schuldner verpflichtet, die Rückzahlung so zu leisten, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verfehlte ist erforderlich. Natürlich ist mit dieser Auslegung einer unter ganz anderen Verhältnissen entstandenen Bestimmung nicht gesagt, daß nunmehr an die Stelle des verjährten und unbeliebten Grundbuchs: "Mark ist Mark" nicht weniger kurz und bündig der neue treten solle: "Goldmark ist Goldmark". Davon kann natürlich keine Rede sein. Man muss beachten, daß die Entscheidung des Reichsgerichts jetzt entstanden ist, also in einer Zeit der nahezu absoluten Papiermarkwertlosigkeit und in den Verhältnissen des neuen Geldes, während der Rechtskredit im Brühjahr 1920 entstand, als die Papiermark noch fast 10 Prozent wert und gerade in einem von vielen miteinanderwährenden Aufstieg begriffen war. Die Entscheidung des Reichsgerichts, so wichtig sie ist, kann und will natürlich nur die allgemeine Richtung angeben, in der die Zukunft des langen Prozesses zwischen Schuldern und Gläubigern in Deutschland wird entscheiden müssen.

Marktherorie.

Amtliche Notierungen der Produktions-Börse zu Chemnitz am 28. November, nach: 3 Uhr. Stimmen: rubig. Weizen 200 bis 210, Roggen 205–210, Wintergerste 190, Sommergerste 195 bis 200, Hafer 165–170, Mais – Goldmark für 1000 kg, Weizenmehl 43, Roggenmehl 43, Weizenkleie 8,00, Roggenkleie 8,00, Weizenheu 7, Getreide-Stroh gepreßt 3,50 Goldmark für 100 kg frische Chemnitz bei Gevelde in Ladungen von 200 bis 300 Stk., die Weiz in Mengen unter 100 Stk.

Trossdner Schlachtviehmarkt vom 29. November. Auftreib: 1. Rinder: 1 Ochs. 1 Kalb. 2. Schweine: 4. 11 Schweine und 18 Ferkel. Rüherden zur sofortigen Schlachtung, also nicht auf den Markt gestellt: 68 Rinder, 200 Schweine, 158 Ferkel, 28 Schafe. Preise im Mittleren Markt für 1/2 Kilogramm Lebend- und im Durchschnitt Schlachtgewicht: Rinder: Preise wie am Montag. Rinder: 1. Drosselfleber —, 2. beste Mast- und Saufälder 780 bis 820 (120), 3. mittlere Mast- und gute Saufälder 650 bis 750 (1166). Schweine: 1. Mast-Tümmer und jüngere Masthammel 1200 bis 1300 (250), 2. ältere Masthammel 1000 bis 1100 (233). Schweine: 1. vollfleische der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahre 1800 bis 2000 (2440), 2. Fettschweine 1800 bis 2000 (2375), 3. fettlose 1800 bis 1800 (2066). Die Preise sind Marktpreise für nächstes Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Speisen des Handels ab Stall, Frachten, Markt- und Verkaufsstellen, Umspanner, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. Tendenz des Marktes: Geschäftszugang in allen Viehhaltungen langsam. Überstand: 4. Schweine.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktionsbörse zu Berlin am 28. November. Getreide und Getreidearten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg. In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark. Weizen mächtig 192–195. Getreide. Roggen, mächtiger 173 bis 176. Getreide. Gerste. Sommergerste 196–200. Getreide. Hafer, mächtiger 164–167, pommerscher 160–163. Getreide. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inf. Sac 33–38,50 (seine Marke über Notiz). Getreide. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inf. Sac 30–38. Getreide. Weizenkleie frei Berlin 7,80 bis 8. Getreide. Roggenkleie frei Berlin 7,60–7,80. Getreide. Brotteig-Kleie 45–55, kleine Zweite-Kleie 33–36. Getreide. Kartoffelkosten 30–70. Kartoffelkosten 12. Trockenkartoffel 8. Kartoffelkosten 18–19.

Amtliches.

Die Gemeinden Bischau und Glaubis haben beschlossen, den Kommunikationsweg von Bischau nach Glaubis bis zum Auftreffen auf den Kommunikationsweg Boda—Glaubis, Flurstück Nr. 169 des Flurbuchs für Bischau, in Für Glaubis ohne besondere Flurbuchnummer, als öffentlichen Weg einzurichten und als Wirtschaftsweg fortbestehen zu lassen.

Es wird dies mit dem Bemerkung bekannt gegeben, daß Einwendungen gegen diese Wegeeinrichung binnen 3 Wochen vom Erstellen dieses Blattes an gerechnet, hier anzubringen sind.

Großenhain, den 27. November 1923.

732 n. II. Die Amtshauptmannschaft.

Der Bezirksverband hat eine Schankerlaubnis, Steuer eingeführt, die von der Kreishauptmannschaft genehmigt worden ist.

Die Steuerordnung liegt zur Einsichtnahme in der Amtshauptmannschaft aus.

Großenhain, am 29. November 1923.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Belaummachung.

Gegen den Gutsbesitzer Georg Kaule in Horberg Nr. 4 ist am 18. November 1923 auf Antrag der Staatsanwaltschaft amtsrichtlicher Strafbefehl wegen Breitreißerei auf § (sechs) Billionen Mark Geldstrafe und für den Fall, daß die Geldstrafe nicht begegnet werden kann, eine Gefängnisstrafe von 3 (Drei) Monaten erlassen worden. Außerdem ist der erzielte Übergewinn, der unter Berücksichtigung der Geldentwertung auf 618944 Millionen Mark festgestellt worden ist, eingezogen worden.

Amtsgericht Alsfeld, den 26. November 1923.

Wir geben hiermit bekannt,

dah wir Einlagen auf

Rentenmark-Konten

bei provisiofreier Führung wie folgt verzinsen:

bei täglicher Verfügung 4%
" monatl. Kündigung 6%
" vierteljährl. 7%

Bei größeren Beiträgen nach besonderer Vereinbarung.

Gewerbebau Niederrhein

eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Aufwartung

für Vormittag gefüllt

Baumherstr. 3, Buchholz.

Alleinmädchen

zum mögl. baldig. Unterricht

geucht. Zu melden

Gäbler & Co.

Reh

Mücken

Neule

Blätter

im Fell, gekreist, geteilt

lebende Hörchen

empfiehlt

Carl Jigner, Gröba.

Kirchennachrichten.

1. Adventsonntag 1923.

Niesa: 9 II. Pr. üb. Fer. 31, 31–34 (F.), 1,11 II. Kinderg. (F.) Mittwoch 1,8 II. Bibelstunde (V.).

Wir kaufen

Alteisen Metalle

zu Tagespreisen

auch kleine Mengen.

Goldammer & Co.

Lessingstr. 4–6.

Leichtmotorrad

1 1/2 PS, im Auftrag zu ver-

kaufen, auch Tandem. Zu-

beschaffen bei Wohlbach,

Brüderstraße 11.

Gasthof Jahnishausen.

Sonntag, den 2. Dez. 1923

Bereinsbergnügen

Anfang 8 Uhr

worauf ergebnest einladeb.

Sportverein Niederr.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-

nahme beim Heimange unserer lieben

guten Vaters sagen wir hierdurch unfe-

reinigsten Dank.

Röderau, 30. November 1923.

Familien Hecht und Grünberg

nebst allen Hinterbliebenen.